



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten

60 Jahre Bundesvertriebenengesetz

Grundstein für „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin gelegt

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Plenarsitzung an diesem Donnerstag an die Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes vor 60 Jahren erinnert.

Heute kann man sich kaum mehr vorstellen was, es bedeutete, dass die junge Bundesrepublik, ein kriegszerstörtes Land, Millionen mittelloser Flüchtlinge und Vertriebene aufnehmen und integrieren musste. Geduld, Tatkraft und Optimismus der Menschen haben dabei viel bewirkt. Aber auch wegweisende politische Entscheidungen, zu denen ganz sicher auch das Bundesvertriebenengesetz gehört. Mit diesem Gesetz wurden die Weichen für die Integration und Zukunft vieler Millionen Menschen gestellt.

Die Aufnahme und Eingliederung der etwa 12 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen ist eine deutsche Erfolgsgeschichte, die vor allem geprägt ist durch die Menschen, für die dieses Gesetz geschaffen wurde. Sie mussten ihre Heimat verlassen und konnten auf der Grundlage dieses Gesetzes einen neuen Anfang wagen. Sie haben hierfür eine bewundernswerte Gegenleistung erbracht. Trotz des Leidens und der Traumatisierung durch Flucht und Vertreibung haben sie nicht nur durch ihre Leistung zum Wohlstand in unserem Land beigetragen, sondern sich auch früh für eine Versöhnung mit den anderen europäischen Völkern eingesetzt.

Das Gesetz aus dem Jahre 1953 sei ein Dokument für gelebte Solidarität in Deutschland, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich in einer Regierungserklärung zum Jahrestag. Die Vertriebenen hätten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur materiell wiederaufgebaut, sondern auch wesentlich an den geistig-moralischen Grundlagen der Freiheitsordnung mitgearbeitet. Die Charta der Heimatvertriebenen stelle eine „große Geste des Friedens“ dar, sagte Friedrich am Donnerstag im Bundestag. Der CSU-Politiker hob die Versöhnungs-

bereitschaft der Vertriebenen mit den östlichen Nachbarländern hervor. Sie hätten damit Brücken gebaut, lange bevor es Gespräche auf staatlicher Ebene gegeben habe, sagte er.

Hintergrund: Das Bundesvertriebenengesetz regelt die Aufnahme, Betreuung und Eingliederung von Vertriebenen und Aussiedlern. Es ist ebenfalls die Grundlage für die Aufnahme und Integration von bisher 4,5 Millionen Spätaussiedlern aus den Staaten Ostmittel- und Südost-Europas. Zugleich bildet es das Fundament für die Unterstützung und Förderung der deutschen Minderheiten in den Herkunftsstaaten der Aussiedler.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erinnerte daran, dass die Vertriebenen in der Nachkriegszeit nicht überall in der Bundesrepublik willkommen gewesen seien. Sie hätten „Heimat, Unterkunft und Chancen gesucht“ wie viele andere Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg auch. Kauder berichtete, dass seine Eltern als Deutsche aus dem ehemaligen Jugoslawien vertrieben worden seien. Als „Kind von Vertriebenen“ habe er in seiner Schulzeit nicht „von Anfang an dazugehört“. Er habe selbst einen Beitrag leisten müssen, um in diese neue Gesellschaft hineinzuwachsen. Ohne den starken Willen zur Integration wäre die Aufgabe nicht gelungen, sagte Kauder.

Zugleich wurde in dieser Woche in Berlin durch Bundeskanzlerin Angela Merkel der Beginn des Baus des **Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung** im Berliner Deutschlandhaus eingeläutet. Dies ist im Hinblick auf die Erinnerungskultur in Deutschland vor allem für die jüngere Generation ein bedeutendes Ereignis. Jeder vierte Deutsche hat Wurzeln in den ehemaligen deutschen Gebieten oder Siedlungsräumen. Hierüber und über Flucht und Vertreibung wird das neue Zentrum die nachfolgenden Generationen informieren.

Gewalt in der Türkei verurteilt

Der Bundestag verurteilte in dieser Woche fraktionsübergreifend die Eskalation der Gewalt in der Türkei. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der Koalitionsfraktionen zeigten sich die Abgeordneten besorgt über das brutale Vorgehen der Polizei gegen die seit Wochen in Istanbul und weiteren Großstädten Protestierenden, die gegen die Politik von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan auf die Straße gehen. Gunther Krichbaum sagte während der Debatte, die geplante Bebauung des Gezi-Parks sei zwar Anlass, aber nicht Ursache der Proteste. Vielmehr fürchteten viele Menschen in der Türkei, dass die demokratischen Errungenschaften, die sich das Land nach Jahren der Militärdiktatur erkämpfte hatte, jetzt wieder verloren gingen. Krichbaum verwies darauf, dass in der Demokratie eine gewählte Mehrheit auch Rücksicht auf die politische Minderheit nehmen müsse. Auch diese müsse eine echte Chance haben, bei den nächsten Wahlen die Mehrheit zu erringen. Wenn sie aber als Agenten des Auslandes oder Feinde der Religion dargestellt werden, dann werden diese Chancen zunichte gemacht und die Spaltung der Gesellschaft vertieft.

Die ganze Rede von Gunther Krichbaum ist unter <https://www.facebook.com/krichbaum.bundestag> zu sehen.

Optionspflicht bleibt erhalten

In Berlin ist die Opposition damit gescheitert, die sogenannte Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht abzuschaffen. Nach der Optionspflicht müssen sich hierzulande geborene Kinder ausländischer Eltern nach Erreichen der Volljährigkeit und spätestens bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden. Für die Union steht die Einbürgerung am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses und nicht am Anfang. Die Zahl der Einbürgerungen ist unter der amtierenden Bundesregierung auch ohne Absenkung der Einbürgerungsvoraussetzungen gestiegen. Auch hätten sich mehr als 98 % derer, die bislang der Optionspflicht nachgekommen seien, für die deutsche Staatsbürgerschaft ausgesprochen.

Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution wird verschärft

Der Deutsche Bundestag hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition zur Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Bordellen beraten. Zum einen wird eine EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels umgesetzt. Wegen Menschenhandels soll sich danach auch derjenige strafbar machen, der dabei eine Organentnahme zum Ziel hat oder die Straftaten oder die Bettelei eines anderen ausnutzen will. Wenn das Opfer noch nicht volljährig ist oder leichtfertig in Todesgefahr gebracht wird, drohen dem Täter in Zukunft höhere Strafen. Zum anderen werden die gravierenden Schutzlücken geschlossen, die das rot-grüne Prostitutionsgesetz von 2002 hinterlassen hat. Als Folge der damaligen Liberalisierung können Zuhälter und Bordellbetreiber heutzutage nahezu unkontrolliert ihren Geschäften nachgehen. Der Kriminalität im Rotlichtmilieu wurde dadurch Vorschub geleistet. Der Gesetzentwurf sieht deshalb vor, dass Betreiber von Bordellen künftig überprüft und die Bordelle kontrolliert werden. Damit sollen Prostituierte besser vor sexueller Ausbeutung geschützt werden.

THW informiert Landesgruppe über Fluthilfe

Mit einem Lagevortrag zur Situation in den Hochwassergebieten begann der gerade aus der überfluteten Stadt Deggendorf angereiste Präsident des Technischen Hilfswerks (THW) Albrecht Broemme seine Ausführungen vor der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg. Mit den Abgeordneten diskutierte Broemme anschließend über die Fähigkeiten des THW in der Gefahrenabwehr. Dabei wurde angeregt, das Engagement von Ehrenamtlichen beim THW besser in den Bundesfreiwilligendienst einzubeziehen. Nach dem Gedankenaustausch sagte der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Thomas Strobl THW-Präsident Broemme die volle Unterstützung der Landesgruppe zu. Im Hinblick auf die von Hochwasser betroffenen Gebiete sagte Strobl: „Gerade jetzt zeigt sich wieder, wie wichtig der Erhalt der Einsatzfähigkeit des THW auf hohem Niveau für den Bevölkerungsschutz und wie wertvoll die Arbeit der zigtausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW ist. Unser Dank gilt allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Einsatzkräften“. Das THW hat deutschlandweit über 80.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die von nur etwa 800 hauptamtlichen THW-Mitarbeitern unterstützt werden.